



Nr. 27

18. August 2022

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Ulrich Silberbach im FAZ-Interview

[Öffentlicher Dienst: Es fehlen 360.000 Beschäftigte](#)

dbb frauen

[AGG-Reform endlich vollständig umsetzen](#)

dbb jugend

[Tag der Jugend: Politik für junge Leute nicht nur versprechen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Sicherheit für Beschäftigte im öffentlichen Dienst soll Chefsache werden](#)

Berlin

[Stellenbesetzung im Bezirksamt Mitte: Disziplinarverfahren gefordert](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG)

[Cannabis und Straßenverkehr: Warnung vor Gleichbehandlung mit Alkohol](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Politische Verantwortung nicht auf Schulen und Kitas abschieben](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Ulrich Silberbach im FAZ-Interview

Öffentlicher Dienst: Es fehlen 360.000 Beschäftigte

Die Zahl der Aufgaben des öffentlichen Dienstes wächst schneller als die der Beschäftigten. Damit der Staat handlungsfähig bleibt, fordert der dbb Chef einen Zukunftsfonds.

„Nach Einschätzung unserer vierzig Mitglieds-gewerkschaften fehlen 360.000 Beschäftigte. Dabei berücksichtigen wir nicht nur offene Stellen, sondern auch den Personalbedarf, der sich durch neue Aufgaben ergibt“, erklärte der dbb Chef Ulrich Silberbach im Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Ausgabe vom 18. August 2022). Trotz Personal- beziehungsweise Stellenzuwachs in einigen Verwaltungsbereichen ist der Fehlbestand demnach zuletzt erneut um etwa 30.000 Fachkräfte gestiegen. Wenn in den kommenden Jahren die geburtenstarken Jahrgänge altersbedingt ausscheiden, werde der Personalmangel sogar noch deutlich größer, betonte Silberbach.

Von Bund, Ländern und Kommunen forderte der dbb Bundesvorsitzende deshalb konkrete Maßnahmen: „Zwei Dinge sind sehr wichtig: Zum einen brauchen wir endlich eine langfristige Personalplanung in der Verwaltung, die den demografischen Wandel berücksichtigt. Wir müssen schon jetzt Stellen schaffen, um kommende Generationen auf die anstehenden Aufgaben vorzubereiten. Zum anderen müssen wir den öffentlichen Dienst durch Anreizsysteme attraktiver machen.“ Der dbb wolle schon lange eine echte Qualifizierungsoffensive und eine leistungsgerechte Bezahlung. „Wer sich weiterbildet, soll mehr bekommen“, so Silberbach. Im europäischen Vergleich habe Deutschland heute gemessen an der Wirt-

schaftsleistung geringe Ausgaben für den öffentlichen Dienst und beschäftigte im Verhältnis zur Bevölkerungszahl weniger Menschen beim Staat als viele Nachbarländer.

Eine Folge dieser Sparpolitik sei, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten viele Staatsausgaben nicht erledigt worden seien. „Wir bekennen uns zur Schuldenbremse. Wir sehen aber auch, dass Deutschland einen enormen Investitionsstau in der Infrastruktur hat. Deshalb sollte der Bund dafür ein Sondervermögen bilden, das nicht in die Schuldenbremse eingerechnet wird“, forderte der dbb Chef. Diese Aufgaben dürfe nicht einfach den folgenden Generationen überlassen werden. „Deshalb ist ein solcher Zukunftsfonds nötig.“

Darüber hinaus mahnte Silberbach die Politik, bei ihren Vorhaben die Umsetzung durch die Verwaltung stärker in den Blick zu nehmen: „Wer Gesetze verabschiedet, die nicht vollzogen werden können, fördert letztlich das Staatsverdrossenheit und der Querdenkertum.“ Dem öffentlichen Dienst drohe bereits heute permanent die Überforderung, weshalb der dbb auch die jüngst diskutierte Übertragung immer neuer Aufgaben – wie etwa die Kontrolle einer Impfpflicht oder der Einführung von Englisch als zweiter Amtssprache – ohne entsprechende Personalausstattung abgelehnt habe.

dbb frauen

AGG-Reform endlich vollständig umsetzen

Mit Blick auf den Jahresbericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat dbb frauen Chefin Milanie Kreutz eine Stärkung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) angemahnt.

„Von tatsächlicher Gleichstellung, wie sie im Grundgesetz verankert ist, sind wir so weit entfernt wie schon lange nicht mehr. Wir brauchen endlich eine wirkungsvolle Gleichbehandlungsgesetzgebung und eine gut ausgestattete Antidiskriminierungsstelle. Nur dann kann neuen Einfallstoren für geschlechterbedingte Diskriminierung in mobilen und digitalen Arbeitsumgebungen ein Riegel vorgeschoben werden“, machte die Vorsitzende der dbb frauen am 16.

August 2022 anlässlich der Veröffentlichung des Jahresberichts der Antidiskriminierungsstelle des Bundes deutlich. Demnach handelte es sich bei jedem fünften der insgesamt 5.617 Fälle, die 2021 bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes angezeigt wurden, um Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts. Zudem waren die meisten Diskriminierungserfahrungen im Arbeitsleben (28 Prozent) und beim

Zugang zu privaten Dienstleistungen gemeldet (33 Prozent) worden.

Dass die Leitung der Antidiskriminierungsstelle nunmehr vom Parlament gewählt und ihre Amtszeit auf fünf Jahre verlängert wird, hatte Kreuzt in diesem Zusammenhang begrüßt: „Die Antidiskriminierungsstelle erhält so einen größeren Grad an politischer Unabhängigkeit, da die Amtszeit deren Leitung von den Legislaturperioden der jeweiligen Regierung entkoppelt wird.“

Des Weiteren erhofft sich die Vorsitzende der dbb frauen mehr Aufmerksamkeit für die wichtige Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sowie die konsequente Weiterentwicklung des AGG zu einem modernen Gleichbehandlungsgesetz: „Dazu gehört insbesondere die Einführung eines Klagerechts, das es sachkundigen Verbänden, Antidiskriminierungsstellen sowie Personal- und Betriebsräten und Gleichstellungsbeauftragten ermöglicht, anonymisierte Verfahren vor Gericht zu führen. Vor allem geschlechterbedingter Diskriminierung bei dienstlichen Beurteilungen und Beförderungen könnte damit effektiv begegnet werden“, betonte Kreuzt.

dbb jugend

Tag der Jugend: Politik für junge Leute nicht nur versprechen

Die dbb jugend hat die Bundesregierung aufgefordert, ihr Koalitionsvorhaben einzulösen und die Interessen junger Menschen in politischen Entscheidungen stärker zu berücksichtigen.

„Junge Menschen sind in unserer Gesellschaft in der Minderheit und vor ihnen türmen sich Krisenszenarien auf, deren Langzeitfolgen kaum abzuschätzen sind. Das verunsichert viele junge Menschen. Von der Politik erwarten sie deshalb – zurecht – Gehör für ihre Probleme und ein gewissenhaftes Handeln im Sinne der zukünftigen Generationen. Das Entlastungspaket der Bundesregierung spricht aber eine andere Sprache: Gerade Azubis, Studierende und junge Familien gehen leer aus“, machte der dbb jugend Vorsitzende Matthäus Fandrejewski am 12. August 2022, dem Tag der Jugend, deutlich.

Die Existenzkrise der jungen Generation sei längst Realität, verdeutlichte auch die erst stellvertretende dbb jugend Vorsitzende Sandra Heisig: „Immer weniger junge Menschen im Alter von 15 bis 24 können ihren Le-

bensunterhalt selbst bestreiten. Laut Statistischem Bundesamt schaffen das nur etwas mehr als jede beziehungsweise jeder Dritte in diesem Alter. Hinzukommt, dass junge Menschen überdurchschnittlich häufig in atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Das dürfen wir als Gesellschaft nicht auf die leichte Schulter nehmen.“

Mit Blick auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst appellierten Fandrejewski und Heisig an die öffentlichen Arbeitgebenden und die Politik, im Sinne der nachrückenden Generationen zu verhandeln: „Der öffentliche Dienst hat wie kein anderer Arbeitgebender die Chance, Sicherheit und Modernität zu verbinden. Dazu gehört eine langfristige berufliche Perspektive mit unbefristeten Arbeitsverhältnissen ebenso wie eine Ausbildungsvergütung, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Sicherheit für Beschäftigte im öffentlichen Dienst soll Chefsache werden

Im Haus der Integration in Wuppertal wurde am 11. August 2022 eine Mitarbeiterin mit einem Messer schwer verletzt. Der DBB NRW verurteilt diesen tätlichen Angriff aufs Schärfste. Von der Politik fordert er dringend die Umsetzung des bereits in der Koalitionsvereinbarung von 2017 angekündigten Sicherheitskonzepts für Beschäftigte im öffentlichen Dienst mit Modul für Kommunen.

Der dbb Landeschef Roland Staude zeigte sich erschüttert über die Tat: „Die Übergriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nehmen inzwischen Überhand. Das kann die Politik

nicht länger verantworten. Der Schutz der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist vorrangige Vorgesetztenpflicht und muss deshalb auch wirklich zur Chefsache werden.“

Berlin

Stellenbesetzung im Bezirksamt Mitte: Disziplinarverfahren gefordert

Im Fall um eine Stellenbesetzung im Bezirksamt von Berlin-Mitte hat der dbb Landesbund die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel gefordert.

Dieser soll nach Medienberichten einen Dienstposten mit einem Vertrauten besetzt und einem unterlegenen Stellenbewerber privates Geld angeboten haben, um eine Konkurrentenklage zu verhindern. Ein Disziplinarverfahren gegen den Bezirksbürgermeister, wie es bei derartigen Vorwürfen auch bei allen anderen Beschäftigten üblich wäre, solle daher so schnell wie möglich eingeleitet werden, forderte der dbb berlin am 16. August 2022.

„Stellen im öffentlichen Dienst werden immer noch nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vergeben“, betonte dbb Landeschef Becker. Falls die Vorwürfe zutreffen, empfehle er dem Bezirksbürgermeister zudem dringend eine Schulung in Sachen öffentliches Dienstrecht und Staatsrecht: „Kurse bei der Verwaltungsakademie des Landes Berlin können nicht verkehrt sein.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Cannabis und Straßenverkehr: Warnung vor Gleichbehandlung mit Alkohol

Im Vorfeld des Verkehrsgerichtstages in Goslar hat die DPoIG vor einer Gleichbehandlung von Alkohol und Cannabis im Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht gewarnt.

Eine Erhöhung des – ohnehin umstrittenen und bislang nicht gesetzlich verankerten – THC-Grenzwertes für die Annahme einer Drogenfahrt wäre ein Signal an Fahrzeugführende, dass der Konsum von Drogen und die Teilnahme am Straßenverkehr miteinander zu vereinbaren sei. Das Gegenteil ist der Fall! Die politisch beabsichtigte Freigabe von Cannabis wird unweigerlich zu einer steigenden Zahl von Fahrten unter Drogeneinfluss führen. Mit einer

Grenzwertänderung beziehungsweise -festsetzung würde der Gesetzgeber eine zunehmende Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer billigend in Kauf nehmen“, erklärte der DPoIG Bundesvorsitzender Rainer Wendt am 16. August 2022.

Die DPoIG weise ebenso wie der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) darauf hin, dass der Abbau des Cannabis-Wirkstoffs THC im Körper anders als bei Alkohol individuell sehr

verschieden ist. Auch die Beeinträchtigung der Fahrtüchtigkeit unterscheidet sich stark. Mit Wirkungen von starker Blendung durch Lichtquellen, Euphorisierung mit erhöhter Risikobereitschaft über Gleichgültigkeit gegenüber Gefahren bis hin zu fehlender Wahrnehmung von Menschen am Straßenrand und verlängerten

Reaktionszeiten stehe Cannabis-Konsum einer sicheren Teilnahme am Straßenverkehr entgegen. In den Jahren von 1991 bis 2020 hat sich die Zahl der Unfälle mit Personenschaden unter dem Einfluss anderer berauschender Mittel mehr als verfünffacht (von 434 auf 2.393 Unfälle).

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Politische Verantwortung nicht auf Schulen und Kitas abschieben

Die ersten Bundesländer kehren aus den Sommerferien zurück. Der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann hat die Politik vor diesem Hintergrund aufgefordert, ihrer Verantwortung für das Bildungssystem endlich gerecht zu werden.

„Das, was in verschiedenen Bundesländern gerade in Summe an kurzsichtigen, die jahrelangen fundamentalen politischen Versäumnisse kaschierenden Maßnahmen zur ‚Bewältigung‘ der Krisen und deren Auswirkungen auf Schule und Kita verhandelt wird, ist zum einen gefährlich, zum anderen wenig zielführend. Die Politik verschiebt teilweise unter dem Deckmantel erweiterter Entscheidungsbefugnisse Verantwortung auf die Schultern des pädagogischen Fachpersonals und der Leitungen an Bildungseinrichtungen, die das weder zu verantworten haben noch lösen können“, kritisierte Beckmann. „Was gerade politisch angeordnet und teils beschlossen ist, hat in der Summe gravierende Folgen. Es darf nicht die Aufgabe des pädagogischen Fachpersonals und der Leitungen vor Ort sein, frustrierten Eltern und Schülerinnen und Schülern immer weitere Einschränkungen erklären zu müssen.“

Die Liste an Beispielen für fatale politische Entscheidungen und Fehlentwicklungen sei lang, so der VBE Chef: „Fakt ist: (Nicht nur) pandemiebedingt haben kognitive und psychosoziale Defizite bei Kindern und Jugendlichen zugenommen. Es ist Konsens, dass nur eine entsprechende Förderung dabei unterstützen kann, um das aufzuholen, damit die Bildungsgerechtigkeit in unserem Land nicht noch weiter zunimmt. Wohlgeformte Worte von Politikerinnen und Politikern in diese Richtung hört

man viele. Realität aber ist: Aufgrund des eklatanten Fachkräftemangels an Kita und Schule, vor allem hervorgerufen durch politische Versäumnisse weit vor Corona, werden Förderangebote zusammengestrichen, Lerngruppen vergrößert, Stundentafeln gekürzt und der Unterrichtsausfall nimmt zu. Selbst die Streichung von ganzen Schultagen, Stichwort ‚Vier-Tage-Woche‘, wird offen in Erwägung gezogen.“

Das Ganze werde gerne „garniert“ mit weiteren Zusatzaufträgen für das pädagogische Fachpersonal, welches ohnehin schon überlastet ist: Es solle auf COVID-19 testen, 150.000 Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine integrieren, vor dem Hintergrund der Klimakrise Energie sparen in vielfach maroden und energieineffizienten Gebäuden sowie bereit sein für digitalen Unterricht – vielfach allerdings ohne Rechtssicherheit und ohne flächendeckendes WLAN. „Dahinter steckt das immer gleiche Muster der politisch Verantwortlichen, nur eben in unterschiedlichem Gewand: Kürzen, schönrechnen, verschieben, verstecken und daraufsetzen, dass die Beschäftigten an Kita und Schule es schon lösen werden. Das Ganze wird zudem gerne damit legitimiert, dass wir alle ja den Gürtel enger schnallen müssen. Zur Wahrheit gehört aber auch: Wenn man keine Luft zum Atmen mehr hat, wie es an Kitas und Schulen viel zu häufig bereits der Fall ist, kann man nichts mehr enger schnallen“, betonte Beckmann.

Deutscher Philologenverband (DPhV) Warnung vor Stundentafel-Kürzung in Berlin

Der DPhV hat sich am 8. August 2022 deutlich gegen eine Verkürzung der Stundentafel an Berliner Schulen ausgesprochen.

Eine Kürzung der Stundentafel diene weder den Schülerinnen und Schülern noch ihren Lehrkräften. Stundentafelkürzungen, also weniger Pflichtunterricht etwa in Deutsch, Mathematik und Englisch, würden die Leistungsstandards senken. Zudem müssten die zu wenigen Lehrkräfte parallel mehr Klassen bedienen. „Das ist unzumutbar für alle Beteiligten. Das Berliner Bildungsniveau würde noch mehr sinken“, kritisierte die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing.

„Wie sehr sich die Schülerleistungen auch noch einmal während der Pandemie verschlechtert haben, zeigt sich gerade jetzt bei der Auswertung der VERA-Vergleichsarbeiten. Immer mehr Grundschüler scheitern bei VERA schon an den Mindestanforderungen. Bei den Sekundarschülern sieht es nicht besser aus“,

stellt Kathrin Wiencek, Vorsitzende des Philologenverbands Berlin/Brandenburg, fest. Weniger Unterrichtszeit im qualifizierten Fachunterricht habe eben einen negativen Einfluss auf die Leistungsentwicklung.

Lin-Klitzing ergänzte: „Setzt Berlin eine Stundentafelkürzung um, schafft der Stadtstaat noch schlechtere Bildungsvoraussetzungen für seine Schülerinnen und Schüler und provoziert zudem zunehmend schlechtere Voraussetzungen für eine Vergleichbarkeit mit den Abschlüssen anderer Länder. Das Gegenteil jedoch muss das erklärte Ziel der Bildungspolitik sein: Die gleichen Voraussetzungen für die Berliner Schülerinnen und Schüler wie für die Schülerinnen und Schüler anderer Bundesländer müssen geschaffen werden.“

Namen und Nachrichten

Wie zum Auftakt der Gespräche im Juli verabredet, haben der **dbb** und die Sana AG die Sondierung über einen Haustarifvertrag für die Beschäftigten der Gemeinschaftskliniken Mittelrhein gGmbH am 8. August 2022 fortgesetzt. Hintergrund ist die von der Sana AG geforderte Ablösung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) nach einer Übernahme der Mehrheitsanteile an dem Gemeinschaftsklinikum. Zunächst bestand Einigkeit, dass ein Haustarifvertrag möglichst alle Beschäftigten erfassen soll, also neben der Pflege auch die Bereiche Medizinische Heil-, Fach- und Hilfsberufe, Verwaltung und Facility. Im Weiteren hat die Arbeitgeberseite ihre Vorstellungen zu den Eckpunkten der wesentlichen Inhalte eines speziellen Tarifvertrages für das Gemeinschaftsklinikum erläutert. Dies betrifft manteltarifliche Fragen, neue Eingruppierungsregelungen und die Überleitung der vorhandenen Beschäftigten in einen neuen Tarifvertrag. Dazu hat die dbb Verhandlungsführerin Siglinde Hasse noch einmal betont, dass für den dbb ein umfassender dynamischer Besitzstand der tarifvertraglichen Ansprüche des vorhandenen Personals eine Grundvoraussetzung für eine Ersetzung des TVöD ist. Aus Sicht der dbb

Verhandlungskommission muss im Rahmen eines Haustarifvertrages für das Gemeinschaftsklinikum auch das Thema des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten eine Rolle spielen. Dazu braucht es Vorgaben zur regelmäßigen Erfassung von Belastungssituationen und passende Instrumente, diesen rechtzeitig zu begegnen, um Überlastung zu vermeiden. Die Parteien haben verabredet, Entgeltberechnungen auf der Basis einer zukünftigen Tabellenstruktur für typische Berufsgruppen und Erwerbsbiografien zu erstellen. Diese Beispiele sollen unter anderem die Bereiche Pflege, Verwaltung und Technik abdecken. Nach eingehenden internen Bewertungen sollen die Gespräche Mitte September fortgesetzt werden. Seit Ende Juni 2022 können Arbeitgebende ihren Beschäftigten eine steuer- und sozialabgabenfreie Corona-Sonderzahlung zukommen lassen. Die Höhe kann bis zu 4.500 Euro betragen. Die Sonderzahlung soll die Belastungen im Kampf gegen die Pandemie abfedern und honorieren. Das hält der **dbb** für den richtigen Weg: Der Gesundheitsbereich im Allgemeinen und der Rettungsdienst im Speziellen wurden in den letzten zwei Jahren bis an die Grenzen der Belastbarkeit gefordert. Die

nächste Virus-Welle zeichnet sich bereits ab. Darum hat der dbb – dort, wo er über die komba vertreten ist – die Arbeitgebenden und Geschäftsführenden in Brandenburg angeschrieben und auf die Möglichkeit der Sonderzahlung hingewiesen. Die Sonderzahlung kann einen Beitrag dazu leisten, in schwierigen Zei-

ten die Bindung an das Unternehmen zu stärken und gerade in den Zeiten hoher Inflation eine gewisse Entlastung bieten. Die Umsetzung muss natürlich in einem Tarifvertrag erfolgen. Jetzt kommt es auf die Arbeitgebenden an, ob sie die Belastungen anerkennen und mit dem dbb eine passgenaue Lösung für eine Corona-Sonderzahlung erarbeiten wollen.

Termine:

1. September 2022, Berlin
Pressekonferenz zur dbb Bürgerbefragung

27. - 30. November 2022, Berlin
dbb Gewerkschaftstag 2022
Weitere Informationen folgen.